

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Generelles Rauchverbot in Gastgewerbebetrieben

GR. **Pogner** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grüne und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht, wie schon gesagt, um das generelle Rauchverbot in Gastgewerbebetrieben. Am 16. September 1992 hat sich die Stadt Graz mit der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ dazu bekannt, Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitsförderung zu setzen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Nikotinabhängigkeit, die laut einer Studie der WHO aus dem Jahr 2002 in Europa und weltweit bereits die wichtigste Todesursache ist.

2004, also vor zehn Jahren, hat Herr Gemeinderat außer Dienst Univ.-Prof. Dr. Heinz Hammer im Grazer Gemeinderat eine Petition an die Österreichische Bundesregierung eingebracht, die zum Inhalt hatte, dass die Ratifikation der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle durch den österreichischen Gesetzgeber so rasch wie möglich in die Wege zu leiten sei.

Auch KellnerInnen und Lehrlinge haben ein Recht auf ihre Gesundheit und somit ein Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz, die Lehrer natürlich auch. Angestellte im Gastgewerbe...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Pogner:** Andreas, die Lehrer sind mir eingefallen, weil du da vor mir sitzt. Angestellte im Gastgewerbe in Österreich seien Arbeitnehmer zweiter Klasse, sagte Heinz Hammer bereits damals. Zum Schutz der ArbeitnehmerInnen muss das Rauchen in allen Gastronomiebetrieben verboten werden.

Unterstützt wurde diese Forderung im Jahre 2010 auch von Univ.-Doz. Dr. Günter Forche, der zu diesem Zeitpunkt ärztlicher Leiter des Krankenhauses der Elisabethinen in Graz war. Seine eindeutige Aussage lautete: „Passivrauchen verursacht Tod, Krankheit und Invalidität.“

Der in Österreich zugelassene und von der Regierung genehmigte halbherzige Nichtrauchererschutz ist bei weitem nicht genug. Zigaretten müssen nicht nur aus öffentlichen Gebäuden, sondern vor allem auch aus der Gastronomie verschwinden. Das bedeutet tatsächlicher Gesundheitsschutz für Raucher und Nichtraucher und stellt damit zusätzlich eine echte Chancengleichheit aller Gastronomiebetriebe her.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, den Nichtrauchererschutz in Form eines generellen Rauchverbotes in Gastgewerbebetrieben in den Nationalrat zur Beschlussfassung einzubringen und darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Modell zu implementieren, das Gastwerbetreibenden die getätigten Investitionen, die sie anlässlich der Einführung des Tabakgesetzes erbracht haben, entsprechend zu entschädigen.

Dankeschön und ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 14.42 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** zum Antrag: Hoher Gemeinderat, lieber Harry! Dass der Schutz der Nichtraucher natürlich Priorität haben muss, steht außer Frage, dass aber eher dieses unglückliche Raucherschutzgesetz von einer schwarz/roten Regierung verbrochen wurde, steht auch außer Frage. Und natürlich haben sehr viele Wirte und Gastronomen, wie du erwähnt hast, schon enorme Investitionen getätigt, ob es da zu einer Entschädigung kommen kann, das müsste ja noch rechtlich geklärt werden. Wir sind der Meinung, dass die Gastronomen und Gastwirte auf alle Fälle die Wahlfreiheit haben müssen, ob sie ein Raucherlokal, ein Nichtraucherlokal oder ein gemischtes Lokal mit getrennten Räumen betreiben möchten und wir werden deinem Antrag deshalb nicht folgen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Vargas**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen, liebe Zuschauer auf der Tribüne! Uns ist es ein großes Anliegen, die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und in diesem Zusammenhang eben diesem Rauchverbot in Wirtschaftshäusern werden wir zustimmen, allerdings werden wir beim zweiten Teil des dringlichen Antrages nicht mitgehen können, weil wir das nicht einsehen, dass die Wirte eigentlich diese Kosten ersetzt bekommen, weil sie eigentlich das auch ein bisschen mitverursacht haben. In diesem Zusammenhang hat die ÖVP herinnen, wie lange haben wir vor 20 Jahren diskutiert, um den Alkohol im Straßenverkehr zu reduzieren von 0,8 Promille auf 0,5 Promille. Das waren jahrelange Diskussionen, wo eben diese Lobby der Wirtschaftsbetreiber das lange Zeit verhindert hat. Ich denke, das ist so eine ähnliche Diskussion jetzt hier und deswegen werden wir da jetzt nicht mitgehen und werden den ersten Teil unterstützen (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Dankeschön, gibt es weitere Wortmeldungen zum Inhalt dieses Antrages? Das sehe ich nicht. Ist dein Zusatzantrag jetzt zurückgezogen oder bringst du den noch ein? Ist zurückgezogen? Gut, wenn ich den Kollegen Vargas richtig verstanden habe, dann hast du eine Abstimmung, also es gibt hier keine punktuelle Anführung in diesem Antrag, aber dass wir über jeden der beiden Sätze extra abstimmen in diesem dringlichen Antrag.

GR. **Pogner**: Ich sage einmal danke für die breite Zustimmung, die sich eh schon aufgrund der Dringlichkeit abgezeichnet hat. Zur Wahlfreiheit noch ganz kurz. Die Wahlfreiheit, die haben unter Umständen die Wirte aber auch nur sehr begrenzt, weil immerhin hat ihnen die Regierung dieses Rauchergesetz aufs Auge gedrückt und dann muss man noch dazusagen, die Wahlfreiheit, und um das geht es ja eigentlich in dem Antrag, für die Bediensteten, für die Angestellten in der Gastronomie, die haben diese Wahlfreiheit nicht, auch wenn es Personen gibt, die sagen, man muss ja nicht unbedingt in dem Lokal arbeiten, wo geraucht wird, aber als Angestellter hat man also diese Wahlfreiheit ganz sicher nicht und daher geht es in die Richtung, dass wir sagen, wir wollen vor allem die Bediensteten, die Beschäftigten in der Gastronomie schützen, dass die die Möglichkeit haben, einen gesunden Arbeitsplatz auch in Zukunft zu haben. Und in die Richtung von euch möchte ich nur sagen, ich habe es vorhin schon kurz ausgeführt: Die Wirte wurden dazu gezwungen, diese Investitionen zu tätigen, damit sie überhaupt in ihren Betrieben die Möglichkeit haben, beides anzubieten laut dem Gesetz. Jetzt haben sie Investitionen gemacht und da muss man schon so fair sein und sagen, wenn man sie schon dazu verdonnert hat, dann muss man auch dafür schauen, dass man ihnen die Möglichkeit gibt, in irgendeiner Form eine Abgeltung für diese Investitionen wieder zurückzubekommen, damit nicht das Ganze, was sie investiert haben, jetzt mit einem Strich im Gesetz dann wieder geändert ist und sie auf den ganzen Kosten sitzen bleiben. Aber nochmals herzlichen

Dank für die breite Zustimmung und danke auch vor allem, wie gesagt, im Namen, das traue ich mich durchaus zu sagen, im Namen aller Angestellten in Gastronomiebetrieben. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Dankeschön, wir kommen damit zur Abstimmung über diesen dringlichen Antrag. Ich lese jetzt die beiden Sätze noch einmal vor. Der erste Satz lautet: Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den dringlichen Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, den Nichtraucherschutz in Form eines generellen Rauchverbotes in Gastgewerbebetrieben in den Nationalrat zur Beschlussfassung einzubringen.

Der Antrag Punkt a) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und 2 von KPÖ) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Der zweite Teil: Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Modell zu implementieren, das Gastgewerbetreibenden die getätigten Investitionen, die sie anlässlich der Einführung des Tabakgesetzes erbracht haben, entsprechend zu entschädigen.

Der Antrag Punkt b) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) angenommen.

2) Geh-, Rad- und Schutzweg Wetzelsdorfer Straße

GR. **Haberler** stellt namens von ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Haberler**: Geschätzte Zuhörer auf der Galerie, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Am Sonntag vor Weihnachten hat es eine Einladung der Initiative der Wetzelsdorfer Straße gegeben, da die sehr vehement für die Errichtung eines Geh- und Radweges sowie von Schutzwegen in der Wetzelsdorfer Straße kämpfen, das ist ein leidiges Thema seit Jahren, Jahrzehnten. Entweder wird man vertröstet oder es heißt, es sei schon alles in Planung oder mit den Bauarbeiten werde dieses Jahr begonnen. Hier gibt es unzählige Ankündigungen.

Meinen Informationen zufolge soll dieses Jahr mit einem Teil des Weges begonnen werden, da die Stadt Graz im Zuge von Reininghaus Verkehrsflächen erhalten hat. Da dies auch eine Landesstraße ist, muss hier konstruktiv mit dem Land zusammengearbeitet werden, um rasche Lösungen und Ergebnisse zu erzielen.

Und deswegen stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs, der KPÖ, der SPÖ, der Grünen und des Gemeinderates Philip Pacanda den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der zuständige Verkehrsstadtrat, Mag. (FH) Mario Eustachio, beauftragt wird, an die zuständigen Stellen im Land Steiermark heranzutreten, um den Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im März dieses Jahres über die Detailplanung, inklusive eines genau dargestellten Zeitplans der baulichen Umsetzung eines durchgängigen Geh- und Radweges entlang der Wetzelsdorfer Straße und über die Planungen für die dringend notwendigen ampelgesicherten Schutzwege dortselbst - also für den Bereich der Wetzelsdorfer Straße zwischen der

Alten Poststraße im Osten und der Straßganger Straße im Westen - sowie über die in diesem Jahr zu setzenden Umsetzungsschritte zu informieren.

Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ja, jetzt habe ich es im letzten Mal, glaube ich, dreimal berichten dürfen, ich mache es gerne noch einmal. Wir leben in einem Rechtsstaat und in einem Rechtsstaat ist es einmal so, dass es auch Privatgrundstücke gibt, die befinden sich auf der Wetzelsdorfer Straße beziehungsweise daneben und das Land, weil es eine Landesstraße ist, ist in Verhandlungen mit diesen Privateigentümern und ist bemüht, diese Grundstücke abzulösen, damit wir die schon budgetierten, die schon geplanten Geh- und Radwege umsetzen können. Wenn Sie heute von mir verlangen und auch von Land verlangen, dass man einen Zeitraum beziehungsweise dann im März vorgeben, bis wann das passieren kann, dann ist das genauso illusorisch wie bisher, weil wir eine Privatperson nicht zwingen können, das Grundstück zu verkaufen. Aber ich darf Ihnen die Mitteilung machen, dass bereits morgen wieder Verhandlungen seitens des Landes mit den Grundstückseigentümern begonnen werden beziehungsweise geführt werden (*Applaus FPÖ*). Und noch einmal zur Ausführung, weil ja die Frage nach der Durchgängigkeit gegeben ist, wir müssen eben unterscheiden den einen Teil der Wetzelsdorfer Straße vom Bahnübergang Richtung Straßganger Straße, da befindet sich wirklich nur mehr ein kleines Grundstück, nicht im Besitz des Landes, wo man das also vollziehen könnten, das ist ein ehemaliges Gasthaus, da ist es einmal das Wichtigste, das zuerst zu machen, wie gesagt Planung, Finanzierung steht und auch erst, wenn diese Durchführung der Errichtung der Straße und des Geh- und Radweges passiert ist, kann man auch einen Fußgängerübergang oder eine Ampellösung anbieten. Davor ist das auch nicht möglich, das ist die eine Variante. Die andere Variante hinunter Richtung Kärntner

Straße, Sie wissen es so gut wie ich, ist das Gebiet Reininghaus, noch dazu ist dort die Firma Denzel, auch wieder Privateigentümer, auch hier muss es erst eingehende Verhandlungen, Grundstücksablösen geben und die gesamte Planung des Reininghausareals muss passieren, damit dort eine Umsetzung der Geh- und Radwege passieren kann. Das sind die Tatsachen. Meine Damen und Herren, da wird nichts verzögert, das wird ordnungsgemäß gemacht, da können Sie sicher sein und ich darf Ihnen, weil es ganz wichtig ist, schon vorweg, weil am 31. wird sich möglicherweise Grundstücksablösen schon ergeben, aber auch eine Beantwortung des Landes, des Landesbaudirektors, an die Volksanwaltschaft überreichen an die diversen Klubs, wo das noch einmal minutiös aufgeführt ist, wie der Plan aussieht und was gemacht werden wird. Solange die Grundstücke nicht im Eigentum des Landes sind, können wir es nicht tun, das ist leider so und bitte, das auch diesen Damen und Herren, die dort verständlicherweise eine Lösung haben wollen, auch so mitzuteilen. Wir sind nicht in der Lage, eine vorzeitige Lösung herbeizuführen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Eingangs möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere beim Kollegen Stefan Haberler, bedanken für die Unterstützung, natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und dem Piraten, Philip Pacanda, die im Vorfeld schon signalisiert haben, dass man das unterstützt. Ich möchte hier auch die Sprecherin einer BürgerInneninitiative aus der Wetzesdorfer Straße auf der Galerie begrüßen, die Frau Hollerer, grüße Sie. Herr Eustacchio, ich würde mich auch bei Ihnen gerne bedanken wollen, nur fällt es mir schwer. Sie sagen richtig, Sie sind schon mehrfach damit befasst worden und Sie sagen...

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Befragt.

GR. **Dreisiebner:** Befasst, befragt was auch immer, wie Sie es auch immer wollen. Die Frage ist, Sie erklären uns immer wieder, was es alles für Stolpersteine und für Unwegbarkeiten auf dem Weg zur Errichtung dieses Geh- und Radweges beziehungsweise für diese Schutzwegübergänge gibt. Was man nicht hört von Ihnen, Herr Stadtrat, und das enttäuscht, denke ich, auch die Menschen draußen, was man nicht hört von Ihnen ist, ich will das unbedingt und zwar demnächst so schnell als möglich umsetzen. Das hört man viel zuwenig, vielmehr hört man, was es alles für Probleme gibt. Wir sind ja auch nicht auf der Nudelsuppe dahergeschwommen, wir wissen, dass man gewisse Verfahren abwickeln muss, wir wissen, dass man verhandeln muss, wir wissen aber auch, dass man Enteignungsverfahren an irgendeinem Punkt anstrengen kann. Gut ist, wenn man das anders auf den Weg bringt.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Aber dann dauert es ja noch länger.

GR. **Dreisiebner:** Aber am Ende klingt es halt immer ein bisschen so wie damals am 25. November im TV auf Puls 4, wo Sie halt irgendwie gemeint haben, ich kann nichts machen und ich weiß nicht und überhaupt. Das war ungefähr die kürzest mögliche Zusammenfassung des Ganzen und schuld ist ganz wer anderer und noch eines, und damit höre ich auf. Wir werden dranbleiben, dass das möglichst bald passiert, wissend, dass man den Rechtsstaat einhalten muss, aber warum sagen Sie das und

auch die Zusage, die Sie ja auch gemacht haben wollen, dass Sie diesen Rad- und Gehweg und die Schutzwegmaßnahmen möglichst machen wollen und möglichst schnell machen wollen, warum sagen Sie es den BürgerInnen nicht selbst zum Beispiel am 22.12., wo Sie eingeladen waren, dort teilzunehmen und alle anderen Fraktionen außer die freiheitliche Fraktion waren dort vertreten, nicht einmal eine Vertretung, einen Mitarbeiter oder einen Beamten haben wir dort sehen können. Das zum Abschluss, wir stimmen dem natürlich zu (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Gesek:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Seit dem Jahre 1998 ist der Grazer Gemeinderat mit dem Ausbau der Wetzelsdorfer Straße befasst. Es wurden seither mehrere Anfragen und Anträge gestellt, die zumindest zuletzt vorerst einen Geh- und Radweg gefordert haben, geschehen ist nichts. Geheißen hat es immer wieder, so wie heute auch, es ist alles auf Schiene. Auf die Frage des Kollegen Sikora im letzten Gemeinderat im Dezember erhielt er von Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat die Antwort, dass bereits im Jahr 2004 aufgrund eines Antrages von mir die gleich lautende Antwort im Gemeinderat passiert ist. Sich immer wieder, Herr Stadtrat, auf das Land Steiermark auszureden, geht bereits ins Leere, zumal im § 28 des Steiermärkischen Landesstraßengesetzes 1964 etwas anderes verordnet ist. Es ist daher der heute gestellte Antrag bereits mehr als dringend, weil die Situation in der Wetzelsdorfer Straße vor allem für Fußgänger und Kinder immer bedrohlicher wird, zumal täglich 18.000 Fahrzeuge diese Strecke passieren. Es kann daher der Installierung einer mobilen Ampelanlage an zwei Stellen überhaupt nichts entgegenstehen...

Zwischenruf StR. (FH) Eustacchio: Rechtlich nicht möglich.

GR.ⁱⁿ **Gesek**: Herr Stadtrat, ich überreiche Ihnen jetzt § 28 und bitte schauen Sie sich den an. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Antragsteller! Zuerst einmal auch von meiner Seite danke, dass du dir die Arbeit angetan hast, es im Namen der vielen Fraktionen, die diesen Antrag gemeinsam heute gestellt haben, umzusetzen und zu formulieren. Die Kollegin Gerti Gesek hat eh schon sehr viel gesagt, was ich auch sagen wollte, Sie hat viel Wichtiges gesagt, aber mich verwundert nur also, dass nach meinem Gesichtspunkt anscheinend die FPÖ immer weniger bürgernah wird, weil bei allen Protestveranstaltungen in letzter Zeit, die wichtig gewesen wären, vor allem wo Sie, Herr Stadtrat, das Verkehrsressort, eines der wichtigsten Ressorts, eigentlich auch vor allem was Umwelt anbelangt, beansprucht, nicht anwesend waren bei Bürgerveranstaltungen. Also da frage ich mich, wie volks- und bürgernahe entfernt ist die FPÖ in letzter Zeit geworden und das ist, wie gesagt, Ihr Problem und wahrscheinlich ein anderes Thema, was man vielleicht in einem anderen Rahmen vielleicht diskutieren könnte. Ich möchte vielleicht ganz kurz auf die Problematik der Gesamtverkehrssituation eingehen. Es ist ja nicht nur die Wetzelsdorfer Straße, die unter enormem Verkehrsdruck leidet, man muss sich das ganze Einzugsgebiet, also von der Steinbergstraße, wo laut Autofahrerklubs bis zu 16.000 Autos täglich frequentieren, 18.000, wie du richtig gesagt hast, das ist allein die Wetzelsdorfer Straße und in der Straßganger Straße haben wir das gleiche Dilemma, da passieren bis zu 30.000 Autos laut Autofahrerklubs täglich diese stark befahrene Straße und ich glaube, lieber Herr Stadtrat, da muss man, glaube ich, ansetzen und trachten, dass man da, vor allem wenn das wirklich diese Horrormeldung mit der Mülldeponie irgendwann einmal spruchreif wird und danach zwischen 300 und 500 Lkw-Fahren jeden Tag da raufgekarrt werden...

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Maximal 60.

GR. **Sikora:** Ok, das schaue ich mir dann an, ob das wirklich... die Prognosen sind bis zu 300 Fuhren mindestens, dann schaue ich mir das an, wenn man da nicht jetzt schon Maßnahmen setzt im Vorfeld, dass diese Straßenzüge, die ich jetzt genannt habe, diese Problematik dann bewältigen werden. Auf alle Fälle werden wir logischerweise jetzt diesen Antrag doppelt und dreifach unterstützen, in der Hoffnung, lieber Herr Stadtrat, dass du diesen Paragraph, dieses Landesgesetz gut anschaust, wo du die Verantwortung wirklich hast und vor allem nicht nur die Verantwortung hast, sondern auch die Möglichkeit hast, diese Maßnahmen jetzt schon umzusetzen und dementsprechend so zur Sicherheit und zum Wohle der vielen Kinder und BürgerInnen, die diese gefährlichen neuralgischen Punkte frequentieren, aufstellst und kurzfristig konzipierst. Danke vielmals (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Haßler:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen vom Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine Vorredner haben es eh schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, geredet wurden in diesem Bereich mehr als genug. Ich glaube, es ist Zeit, dass endlich auch gehandelt wird. Die Fakten brauche ich gar nicht mehr auf den Tisch legen, die wurden auch jetzt schon mehrfach vorher hier dargelegt und ich glaube, wir alle können auch froh sein, dass es dort so engagierte Bürgerinnen und Bürger gibt mit der Frau Hollerer an der Spitze, die sich da so sehr einsetzt und auch die Verantwortlichen irgendwo wachrüttelt, und was in dem Zusammenhang enttäuschend ist und das muss ich dir schon sagen, lieber Mario, ist schon die Tatsache, dass bisher bei keiner dieser Protestaktionen, auch bei dieser Bürgerversammlung kurz vor Weihnachten nicht ein Verantwortlicher des Verkehrs in

der Stadt oder im Land mit dabei war. So wie du heute erklärt hast, glaube ich es dir auch und ich bin auch überzeugt davon, dass du engagiert dahinter bist, aber was hindert dich daran, auch vor Ort zu den Bürgerinnen und Bürgern zu gehen und das dort auch mit dem selben Engagement darzulegen, wie du es heute da getan hast. (*Applaus SPÖ, KPÖ und Grüne*). In dem Sinne arbeiten wir alle gemeinsam daran, dass möglichst rasch eine Lösung dort passiert. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Meine Damen und Herren! Jetzt gehe ich nicht noch einmal auf das Rechtliche ein. Glauben Sie, wenn ich es in der Hand hätte, nicht schon längst umgesetzt hätte? Jetzt haben sie 20 Jahre nicht umgesetzt meine Vorgänger und das Schöne wird dann sein, wenn ich es wirklich umsetzen kann, und daran werde ich natürlich arbeiten, aber ich bin halt Realist und sage es immer realistisch und Sie wissen das, jetzt kennen Sie mich auch schon ein paar Jahre die meisten, ich versuche, das auch immer sehr pragmatisch abzuhandeln und mache das auch weiterhin so. Ich lasse das gerne prüfen, Frau Gemeinderätin Gesek, ich gehe einmal davon aus, dass die Beamten unserer Stadt Graz, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, alle rechtlichen Bestimmungen kennen und das sonst auch getan hätten. Wir haben dieses Thema in zig-Sitzungen bearbeitet, durchdiskutiert, also bitte tun Sie nicht so, als ob hier irgendjemand säumig wäre und etwas nicht getan hat (*Applaus FPÖ*), das ist das eine. Zum Thema Information, ja, am 22.12. hatte ich keine Zeit, ist so. Dass jemand nicht hingegangen ist aus meinem Amt, ist auch klar, weil es auch nicht die Aufgabe ist, dass die Ämter überall zur Stelle sind, da müsste man sie anfordern, dann ist das kein Problem und zum Thema Info, all jene Personen, auch die Frau Hollerer hat bis ins kleinste Detail alle diese Informationen bekommen. Jede Person, die mich per E-Mail kontaktiert oder per Handy oder per normalem Anruf, kriegt alle Informationen. Ich glaube, das ist auch eine Serviceleistung, die wir in diesem Jahr, im letzten und im heurigen fortsetzen,

dass alle, und auch Sie, Sie wissen das auch, jeder Einzelne von Ihnen, der so etwas wollte, Sie kriegen auf schnellstem Wege alle Informationen, die wir haben. Ich werde das weiterhin so pflegen, aber bitte nicht so tun, als ob da nichts passiert ist (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Es freut mich, dass da so eine breite Zustimmung ist und dass auch der Herr Stadtrat die Wichtigkeit der Dringlichkeit dieses Themas sieht und ich hoffe, dass das jetzt da das Letzte ist, was wir zu diesem Thema hören und das nächste Mal, wenn wir darüber reden, ist der Spatenstich (*Applaus ÖVP, KPÖ, SPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

3) Prüfung einer Ausnahmeregelung für Mitarbeiterinnen der mobilen Dienste von der aktuellen Parkgebührenregelung in den Grünen Zonen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Innerhalb unseres Stadtgebietes sind täglich viele Menschen im Rahmen ihrer Tätigkeit bei unterschiedlichen mobilen Diensten mit dem eigenen Pkw unterwegs, um ihre zu betreuenden Personen direkt vor Ort aufzusuchen. Diese Angebote decken unterschiedliche Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich ab und schließen zum Beispiel auch Assistenzleistungen in den Bereichen Wohnen und Freizeit mit ein. Für Beschäftigte in

diesem Bereich, die vielfach darauf angewiesen sind, den eigenen Pkw zu nutzen, wobei sie für die Parkgebühren in der Regel selbst aufkommen müssen, stellt das seit Beginn dieses Jahres ein noch größeres Problem dar als bisher.

Bislang gab es die Möglichkeit, eine sogenannte „Jedermannskarte“ für alle zehn Grünen Zonen innerhalb von Graz zum Preis von 324,-- Euro zu erwerben. Damit konnte flächendeckend ein gebührenpflichtiger Parkplatz innerhalb aller bestehenden Grünen Zonen in unmittelbarer Nähe der zu betreuenden Personen genutzt werden. Auch 324,-- Euro sind bereits eine große Summe, wenn man sie aus eigener Tasche im Rahmen der beruflichen Tätigkeit zahlen muss. Aber ab Beginn dieses Jahres hat sich die Situation insofern noch weiter verschlechtert, als die „Jedermannskarte“ – abgesehen von einer Erhöhung auf 420,- Euro – mittlerweile nur mehr innerhalb einer Grünen Zone Gültigkeit hat. Deshalb ist zu befürchten, dass sich für die MitarbeiterInnen der mobilen Dienste dadurch die Kosten für die Parkgebühren auf ein Vielfaches erhöhen werden.

Da das unzumutbar ist, stelle ich daher namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, eine Ausnahmeregelung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mobilen Dienste bezogen auf die aktuelle Parkgebührenregelung in den Grünen Zonen der Stadt Graz zu prüfen, damit diese ohne finanzielle Mehrbelastung ihrer wichtigen aufsuchenden Arbeit im Interesse der zu betreuenden Menschen nachgehen können (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Werte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer, liebe Antragstellerin! Das Thema Pflege und deren Kosten sind natürlich immer ein heißes Thema und tun natürlich die Leute immer beschäftigen und jeder hat natürlich Angst, dass was teurer wird. Ich habe das jetzt die Aufgabe aus der verkehrstechnischen Sicht das zu beantworten, ich habe auch die Informationen vom Parkgebührenreferat vorliegen und es gibt ja bereits Ausnahmen, so ist das ja nicht. Die gebührenpflichtigen Parkplätze, also die sogenannten Grünen Parkzonen, die werden in dem Parkgebührengesetz von 2006 geregelt und da gibt es landesgesetzliche Parkgebührenbefreiungen und darüber hinaus gewährt jetzt schon die Stadt Graz im Bereich der Grünen Zone eine zusätzliche Gebührenbefreiung für die im Auftrag der Stadt Graz erbrachten ambulanten Pflegedienste. Also alles, was im Auftrag der Stadt Graz unterwegs ist, hat jetzt schon die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung, es existieren damit schon 152 Gebührenbefreiungen für die Hauskrankenpflege, der Heim- und Altenhilfe sowie 68 Befreiungen für die mobile Hauskrankenpflege im Dienst. Dabei macht es dann auch keinen Unterschied, ob es sich um ein auf den sozialen Verein, der jetzt im Auftrag der Stadt Graz tätig wird, um ein zugelassenes Auto handelt oder ob das Auto dem Beschäftigten selbst gehört und auf den zugelassen ist. Wenn jetzt aber Beschäftigte von sozialen Diensten, die eben nicht im Auftrag der Stadt unterwegs sind, auf den eigenen Pkw angewiesen sind und diesen beruflich nutzen müssen, gibt es ja jetzt bereits schon das amtliche Kilometergeld, in dem Parkgebühren, Mauten usw. abgegolten werden. Der Wunsch der betroffenen Fachabteilungen ist, natürlich Befreiungen auf ein absolutes Mindestmaß zu beschränken, ist auch klar, das Geld ist nicht unendlich vorhanden und der wirtschaftliche Unternehmer rechnet das eben in den Kosten ein. Also wir sehen hier keinen momentanen Handlungsbedarf und lehnen die Dringlichkeit ab (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Ulli! Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt seitens der SPÖ zu, weil wir das als ein ganz wesentliches Thema sehen, ambulant vor teilstationär, teilstationär vor stationär, ganz eine wichtige sozialpolitische Entscheidung und alles, was dazu erforderlich ist, Menschen zu Haus in der gewohnten Umgebung zu betreuen, muss Unterstützung finden. Danke für deinen Antrag (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Vargas**: Sehr geehrte Damen und Herren! Danke, Ulli, für den Antrag. Wir unterstützen den Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt und gemeint auf dieses Kilometergeld, man muss sich vorstellen, die Leute fahren ja nicht in Wien oder irgendwohin, sondern im kleinen Bezirk und da kommen nicht so viele Kilometer, in denen sich das rentiert und dass die Parkgebührenkosten damit sozusagen abgegolten werden können. Das ist eine sehr kleine Kilometeranzahl, die da zusammenkommt und wenn die Leute mit ihrem eigenem Pkw diese Betreuung durchführen müssen, dann zahlen sie drauf, also die Arbeitnehmer. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn es Dienstautos geben könnte, aber ich glaube, das wird für einige Einrichtungen, die sehr klein sind, nicht leistbar sein. Insofern unterstützen wir den Antrag. Danke (*Applaus Grüne und KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Ich nutze die Möglichkeit, weil ich noch nicht genau sagen kann, ob er mehrheitlich Unterstützung findet. Als Appell quasi in der Hoffnung, dass es doch auch inhaltlich die entsprechende Zustimmung gibt, mehrheitlich gesehen, weil Handlungsbedarf gibt es aus meiner Sicht und es wäre für mich jetzt ein bisschen kleinlich, jetzt auszurechnen, wie viele Personen und welche Zielgruppe betrifft es, nein, die sind zuwenig, also brauche ich eh nicht handeln, so wie jetzt die FPÖ

inhaltlich argumentiert hat. Also ich finde, es gibt Handlungsbedarf, ich hoffe, dass es inhaltlich auch entsprechend eine mehrheitliche Zustimmung gibt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zum Antrag: Hoher Gemeinderat! Jetzt kommen wir doch noch dazu, dass wir zum Inhalt etwas sagen können. Dringlich ist es nicht aus unserer Sicht. Allerdings, wenn man sich das im Inhalt anschaut, ist es wahrscheinlich sehr gut, wenn sich auch die zuständigen Abteilungen damit auseinandersetzen, weil wir sehen sehr wohl auch, dass es aufgrund der Änderungen hinsichtlich der Grünen Zone durchaus Veränderungen gebracht hat. Wichtig ist aber natürlich auch, dass es nicht in einem großen Ausmaß ausgestellt wird und auch schon gar nicht kostenfrei. Allerdings was sichtbar ist, ist natürlich die unterschiedlichen Berechnungen jetzt, wenn man von einer Zone in die nächste innerhalb der Grünen Zone wechselt und das ist natürlich nicht schlecht, inhaltlich gesehen, wenn man da sich das genauer anschaut. Deswegen können wir da durchaus auch mitgehen beim Inhalt, dringlich ist es aber, das möchte ich auch noch abschließend sagen, eigentlich nicht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Ich mache es kurz, damit wir uns nicht vermehren. Ich habe einen Zusatzantrag zu diesem aus unserer Sicht dringlichen Antrag und inhaltlich sehr guten Antrag, der zwei Punkte beinhaltet. Erstens, dass, wenn so eine Möglichkeit geschaffen wird für die Grüne Zone, wäre zu überprüfen, ob das nicht auch für die

Blaue Zone möglich wäre, ob es da irgendwelche Möglichkeiten gibt, weil eben gerade auch im Zentrumsbereich natürlich das auch benötigt wird und ein zweiter Punkt, der uns wichtig wäre, dass man vielleicht überprüft, ob man diese Karte oder diese Genehmigungskarte auch koppeln könnte mit einem Ausweis, wo „im Dienst“ draufsteht, dass man das sozusagen wirklich nur in der Arbeitszeit nutzen kann und dass das dementsprechend nicht auch privat genutzt wird. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.

4) Rezeptgebührenbefreiung für BewohnerInnen von Pflegeheimen

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt namens von ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Hoher Gemeinderat! Im vorliegenden dringlichen Antrag geht es eben um die Rezeptgebührenbefreiung der BewohnerInnen, die in Pflegeheimen untergebracht sind. Dass ältere Menschen einen hohen Pflege- und Betreuungsaufwand haben, ist bekannt, aufgrund der Multimorbidität und sie brauchen natürlich entsprechende Medikamente.

Seit Jänner beträgt die Rezeptgebühr 5.40 Euro und für viele dieser Menschen stellt diese Rezeptgebühr eine ziemlich große finanzielle Belastung dar. Vor allem für chronisch kranke Menschen und für Menschen, die sozial schwächer gestellt sind. Der

Gesetzgeber hat diese Problematik ja schon erkannt. Es gibt drei Ausnahmeregelungen, die erste Ausnahmeregelung ist, wenn man AsylwerberIn ist, wenn man Zivildienstler ist, wenn man dem Opferfürsorgegesetz unterliegt oder wenn man eine anzeigepflichtige Krankheit hat. Dann gibt es eine Ausnahme: Rezeptgebührenbefreiung mit Antrag und da gibt es immer so Richtsätze. Der Richtsatz für eine Einzelperson beträgt jetzt 857,73 Euro, wenn man diese Grenze nicht überschreitet, ist man automatisch befreit und dann gibt es noch eine Ausnahmeregelung wenn man eine Rezeptobergebührengrenze erreicht, das heißt, das Jahresnettoeinkommen oder die Jahresnettopension wird mit einem 2%igen Betrag berechnet, wenn man den erreicht, dann ist ab diesem Zeitpunkt die Rezeptgebührenbefreiung gegeben. Aber bis zu dem Zeitpunkt muss man die Rezeptgebühr ganz normal zahlen. Und trotzdem gibt es bei dieser Regelung eine Lücke, nämlich für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen. Die haben ja nur mehr 20 % ihrer Nettopension zur Verfügung und deshalb dauert es viele Monate, bis sie wirklich von der Rezeptgebühr befreit werden und mit diesem Taschengeld, diesen 20% Pension müssen sie ja einige Leistungen erbringen. Ob das jetzt persönliche Leistungen sind wie Friseur, Pediküre, auch Heilhilfsmittel, dann Körperpflege usw. da gibt es so spezielle Produkte für alte Menschen, die wichtig sind, die nicht immer automatisch angeboten werden, also das Taschengeld geht für wesentliche Sachleistungen auf und diese Sachleistungen können dann nicht zugekauft werden bis zu dem Zeitpunkt, bis die Rezeptgebührenobergrenze erreicht wird.

Deshalb stelle ich im Namen der SPÖ und der ÖVP folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Bundesregierung im Petitionswege, dass alle PflegeheimbewohnerInnen, die eine Bezuschussung durch die Sozialhilfe erhalten, generell von der Rezeptgebühr befreit werden.

Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Vargas** zur Dringlichkeit: Liebe Kollegen! Waltraud, wir unterstützen deinen Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt, wollen aber dazu anmerken, dass wir einen Zusatzantrag einbringen, weil es gibt ja auch andere Menschen, die pflegebedürftig sind, denen dieser Nachlass von den Rezeptgebühren versagt bleibt. Es geht nämlich um die Menschen, die eine häusliche Betreuung brachen, die 24-Stunden-Betreuung, die auch Pflegegeldbezieher sind und die eigentlich uns, dem Staat, dadurch dass sie zu Hause gepflegt werden, einiges an Geld ersparen, die wir in den Pflegeheimen benötigen. Und daher ist nicht einzusehen, warum diesen Menschen diese Gebührenbefreiung nicht zugute kommen soll. Deswegen stellen wir den Zusatzantrag: Weiters ersucht der Gemeinderat der Stadt Graz die Bundesregierung im Petitionsweg, dass pflegebedürftige Menschen ihre Pflegekosten bei der Rezeptgebührenbefreiung einkommensmindernd geltend machen können. Ich hoffe, dass Sie auch diesen Zusatzantrag unterstützen werden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wir seitens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stimmen der Dringlichkeit zu, wir stimmen auch dem Antrag zu und wir stimmen natürlich auch dem Zusatzantrag zu. Ein bisschen wundert es mich allerdings trotzdem, dass dieser Antrag von der SPÖ kommt, weil in Zeiten wie diesen, wo Kommunikation so leicht funktioniert, müsste es doch möglich sein, zum Bundesministerium für Gesundheit

Kontakt aufnehmen zu können und diese Ausnahmeregelung mit Minister Alois Stöger zu besprechen (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Sehr richtig.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Danke für die breite Zustimmung, wir werden auch dem Zusatzantrag der grünen Fraktion zustimmen, weil natürlich auch diese Gruppe der zu Pflegenden die Unterstützung entsprechend benötigen. Zur Kollegin Schönbacher, liebe Claudia, für mich ist es so ein wichtiges Thema, dass Populismus und Polemik keinen Platz hat (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.

5) Konzept für städtische Grünflächen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, werte Kollegen! In meinem Antrag Konzept für städtische Grünflächen geht es um den ökologischen Wert und der damit verbundenen Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf den Grazer Grünflächen. Im Oktober 2013 wurde ein dringlicher Antrag eingebracht zur Sicherstellung von Grünflächen, da bietet sich jetzt die gute Möglichkeit, auch die Qualität der Grünflächen in Graz anzusehen, die ja im Moment größtenteils aus Rasenflächen besteht. Es muss dabei nicht alles neu erfunden werden, es gibt ja beziehungsweise gab in der Schweiz ein tolles Projekt, das nennt sich BiodiverCity, das sich sehr intensiv mit den Verbesserungsmöglichkeiten für städtische Grünflächen beschäftigt hat. Graz wächst ja massiv, erlebt einen großen Zuzug und damit ein großes Bauvorkommen und damit einen hohen Versiegelungsgrad von Grünflächen. Damit wird der ökologische Wert der verbleibenden Grünflächen einfach immer wichtiger.

Ein hoher Strukturreichtum mit naturbelassenen Teilen, wie Wiesenflächen, natürlichen Blumenwiesen ist nicht nur für die städtischen Tiere und Pflanzen ein großer Vorteil, sondern auch für die Bevölkerung durch eine Erhöhung der Lebensqualität. Vor allem Kindern kann durch naturnahe Bereiche beispielsweise neben den Spielplätzen Natur quasi vor der Haustüre näher gebracht werden.

Zu einer ökologischen Aufwertung der Grünräume kann es durch zahlreiche Maßnahmen kommen, wie eben schon erwähnt durch Strukturhöhung, durch das Ansäen von natürlichen Blumenwiesen und durch die Reduktion des Wiesenschnitts. Denn nur wenn drei- bis viermal jährlich im Jahr gemäht wird, finden die Wiesen Lebensraum an Schutz und Nahrung für die städtische Tier- und Pflanzenwelt, hingegen reine Rasenflächen, die bis zu 15-mal pro Saison gemäht werden, wie es in Graz im Moment gemacht wird, bieten beinahe keinen Lebensraum.

Ränder von Straßen, Radwegen, Gehwegen, Nebenflächen von Straßenzügen, Verkehrsflächen, Vorbehaltsflächen und Teile in schon bestehende, monotone Rasenparkflächen können durch diese Begrünungsform nicht nur optisch, sondern auch ökologisch aufgewertet werden. Die Resonanz der Bürger der Städte Kassel und Linz, die dieses Programm schon umsetzen, ist eben extrem positiv, die Rückmeldung

der Bevölkerung und ein Zeichen dafür, dass es einen Wandel im Umweltbewusstsein gibt und dass die Bürger den Wunsch haben nach mehr Natur im städtischen und auch innerstädtischen Bereich.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichtes ein Konzept zu erarbeiten, welches geeignete Grünflächen im Stadtgebiet herausfiltert, und auf diesen eine probeweise Umsetzung der im Motivenbericht geforderten Punkte ermöglicht. Ziel soll es sein, im Grazer Stadtgebiet vermehrt Grünflächen zu erhalten, die eine größtmögliche Artenvielfalt garantieren.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ und Teile KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Pacanda** zum Antrag: Ich versuche, es wieder kurz zu machen, aber kurz und bündig. Wir danken für diesen sehr grünen Antrag und haben aber dazu noch einen Zusatzantrag entdeckt oder die Idee entdeckt, die uns allen bekannt ist, also „Englisch heute für Anfänger“, unter Anführungszeichen, wieder ein englischer Ausdruck Urban Gardening, urbaner Gartenbau, das ist vielleicht ein bisschen einfacher. In Summe geht es im Zusatzantrag, dass man bei dieser Konzepterstellung, die wir sehr positiv

sehen, überprüft wird, ob man im Rahmen dieser Konzepterstellung nicht auch pilotversuchsmäßig Freiräume für Urban Gardening reservieren kann, dass einfach wieder sozusagen die Gärten in die Stadt zurückkehren und vielleicht Graz zu einer essbaren Stadt wird. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Haberler**: Das ist ein sehr ein schöner Antrag, man könnte fast meinen, nach dem Geschmack der ÖVP, wo sich doch der Herr Bürgermeister eingesetzt hat, und mittlerweile 92 Personen haben über die Finanzierung des Bürgermeisteramtes einen Bienenzüchtervereinskurs gemacht, was passt natürlich genau zu unserer Offensive, deswegen werden wir diesen Antrag unterstützen. Möchte aber dazusagen, dieser Zusatzantrag, ich habe nicht, was ich jetzt herausgehört habe, der passt überhaupt nicht zu dem Antrag, da hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Ich würde da dem Herrn Kollegen anbieten, dass man einfach beim nächsten Mal einen Dringlichen machen, einen eigenen, weil das mit dem meiner Meinung nichts zu tun hat. Wir werden mit dem normalen Antrag mitgehen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Gäste, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss in Graz auch nichts neu erfinden, es gibt in Graz schon vieles, wie wohl ich sehr dankbar bin, dass die Kollegin Schleicher mit diesem Antrag unseren Grünflächenantrag vom letzten Mal noch forciert. Sie unterstützt damit auch jahrelange Bemühungen der grünen Fraktion um mehr Artenreichtum in der Stadt Graz. Wir haben gerade in diesem Gemeinderat den Antrag eingebracht, wie man beim Bauen, das heißt, beim Errichten von Gebäuden auf Bauplätzen, dafür sorgen könnte, dass nicht alles zerstört wird, es gibt ja im Moment auch eine Novelle der Auflagen, die die Stadt Graz in Baubescheiden

vorschreiben kann. Wir haben da angeregt, dass man eben in Zukunft auch vorschreiben kann, dass die freiraumplanerischen Standards angewendet werden, dass es die Möglichkeit gibt, eine ökologische Bauaufsicht vorzuschreiben, dass man Ö-Normen vorschreibt, die den Schutz der Bäume garantieren, das sind alles Dinge, die sind mit den Abteilungen der Stadt Graz abgesprochen und sollen eben in Zukunft beim Bauen berücksichtigt werden. Des Weiteren ist es ja so, dass es ein Parkpflegewerk gibt seit dem Sommer, wir hatten das heute schon einmal das Thema, das ist ein sehr dickes Konvolut, das gebe ich zu, aber hätten Sie es gelesen, dann hätten Sie gesehen, dass wir im Stadtpark in Zukunft Blumenwiesen haben werden, das ist dort schon berücksichtigt und es ist auch so, dass es eine Urban Gardening-Fläche geben wird und zwar im Bereich vom Künstlerhaus beziehungsweise Halle für Kunst und Medien. Wie gesagt, wir finden diesen Antrag sehr unterstützenswert, aber wir sollten nicht so tun, als müssten wir nach Linz und nach Kassel schauen, ich glaube, dass unsere Abteilung für Grünraum auch aufgrund vieler Initiativen aus der letzten Gemeinderatsperiode auf einem sehr guten Weg ist. Nichtsdestotrotz vielen Dank für diesen Antrag und wir werden dem zustimmen und auch dem Antrag vom Herrn Gemeinderat Pacanda (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Wir sind ja generell für Diversität und Vielfalt nicht nur bei Tieren und Pflanzen, und deswegen können wir natürlich diesen Antrag gerne unterstützen und auch diesen Zusatzantrag, der das Urban Gardening betrifft, auch wenn es dafür schon Möglichkeiten gibt, aber Urban Gardening ist ja nicht nur eine ökologische Sache, sondern in Zeiten, in denen es vielen Leute nicht mehr finanziell so gut geht, kann es auch eine sehr wichtige soziale Sache sein und deswegen unterstützen wir das auch (*Applaus KPÖ*).

GR. **Schleicher**: Liebe Kollegen! Es freut mich, dass der Antrag auf breite Zustimmung stößt, ich möchte keineswegs mit dem Antrag die Arbeit der Abteilung für Grünraum schmälern, aber weiterer Input kann nie was Schlechtes sein. Ich weiß natürlich um das Stadtparkkonzept, die Grazer Grünflächen bestehen ja nicht nur aus dem Grazer Stadtpark zum Glück. Die Idee des Urban Gardenings finde ich auch sehr gut, hat aber meiner Meinung nach, genauso wie es Kollege Haberler gesagt hat, nicht wirklich was mit dem jetzigen Antrag zu tun und deshalb werden wir dem nicht zustimmen. Danke für die Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

6) Gedenkjahr zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren – breite Diskussionen zur problematischen Rolle Franz Conrad von Hötzendorf und des angemessenen Umgangs mit historischen Namen im öffentlichen Raum

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Es geht, wie du gesagt hast um Thematik Erster Weltkrieg, 100-Jahr-Gedenken in diesem Jahr des Beginns 1914 und natürlich, wie es eh in diesem Raum schon alle wissen, damit auch um die Rolle von Conrad von Hötzendorf, damals Generalstabschef und für einige der Dinge verantwortlich, die eben die Diskussion um ihn in Gang gesetzt haben und die seine Rolle sehr, sehr kritisch machen. Das am

wenigsten Bekannte ist, aber wahrscheinlich Übelste ist seine Verantwortung für das Lager im Thalerhof und nicht nur dieses Lager, das ist das eine, das halt vor den damaligen Stadttoren oder auch jetzigen Stadttoren gelegen ist, es hat etliche andere auch gegeben und in all diesen Lagern war immer derselbe Zugang, Menschen die einer angeblichen Russenfreundlichkeit verdächtigt worden sind, wurden ohne jegliche richterliche oder sonstige Dinge inhaftiert, verschleppt, dort in Lager eingesperrt, Lager, die so wie dieses in Graz, das sehr gut erforscht ist durch die Arbeiten von Prof. Binder von der Grazer Universität, die in diesen Lagern teilweise sogar in der Winterzeit unter freiem Himmel ohne jegliche Vorkehrung schon eingepfercht worden sind, Tod von Tausenden ist in Kauf genommen worden. Allein in Graz waren es fast 2000 Menschen, die an Typhus und anderen Krankheiten, an Unterernährung zu Grunde gegangen sind, all das bewusst einkalkuliert und mit bewusst schlechter Vorbereitung und Planung wirklich mitberechnet. Also Zustände, die man einige Zeit später dann zum Beispiel als Konzentrationslager bezeichnen würde, hat es in dieser Form an sich schon in Graz gegeben. Conrad von Hötzendorf, das wissen die meisten mittlerweile jetzt auch durch die ausgesendeten Schreiben von den Historikern, durch die Diskussionen in den Medien, durch Zeitungsinterviews wie heute in der Kleinen Zeitung von der Heidemarie Uhl, die eine anerkannte Expertin ist in dem Bereich Straßen und Öffentlichkeit, hat eben auch durch seine Kriegshetze, durch sein immer wieder sogenannten Präventivkrieg Fordern maßgeblich dazu beigetragen, dass der Erste Weltkrieg ausgebrochen ist und hat auch für seinen Verlauf maßgeblich dazu beigetragen. Es ist kein Wunder, dass sich das offizielle Bundesheer von Hötzendorf mittlerweile distanziert, er wird nicht mehr, wie diejenigen, die damals bei der Veranstaltung im Stadtmuseum oder Graz Museum waren, wissen, er wird nicht mehr als eines der militärischen Vorbilder gesehen, sondern ist aus dieser, so etwas Ähnlichem wie Ahnengalerie, dort sogar auch abgehängt worden, weil klar ist, dass er auch durch militärische Fehlentscheidungen noch viel, viel mehr zusätzliches Leid gebracht hat, als ohnehin in einem Krieg zu erwarten war. Also die Vorgeschichte Conrad von Hötzendorfs ist

Ihnen eh bekannt, um das geht es hier nicht, der dringliche Antrag, den wir einbringen, ist erstens deswegen dringlich, weil wir heuer das Gedenkjahr haben und zweitens deswegen dringlich, weil ansonsten bisher noch kaum etwas passiert ist. Es hat keine, außer der Initiative von uns und außer der Initiative von einigen aktiven Historikerinnen und Historikern und anderen Universitätsleuten, eigentlich nichts gegeben, wo die Stadt Graz aufgerüttelt wurde, selber sich der Verantwortung, die man für die eigene Geschichte hat, auch zu stellen. Das ist der Hintergrund dieses Antrages. Sie alle, ihr alle habt ja die Vorgeschichte, Antrag und Abänderungsantrag und andere Anträge usw. mitbekommen. Unterm Strich bleibt es jetzt so, ich bin froh, dass die Diskussion endlich in Gang gekommen ist, dass sie in allen Fraktionen in Gang gekommen ist. Es gibt jetzt von ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen plus KPÖ die Abänderung zu unserem Antrag, der an sich, würde ich sagen, nur echt ein Harmlos-Nona ist, unserer wäre gewesen: Erstens, die Anregung einer breiten Diskussion in der Bevölkerung unter Einbeziehung von FachexpertInnen kann ja wohl nichts Schlimmes sein. Zweitens die Prüfung von Möglichkeiten für eigene Veranstaltungen jetzt, dass wichtig ist, jetzt starten und nicht langwierig mit Kommissionen warten, bis das Jahr vorbei ist. Drittens auch wieder nur die Überprüfung, welche Vorbereitungen zu treffen wären, würde man irgendwann vielleicht doch eine Umbenennung angehen. Meine Position zur Umbenennung ist bekannt, ich und auch einige andere sind vehement dafür, aber darum geht es nicht, es geht darum, große, breite Diskussion zu starten und der vierte Punkt: Überprüfung weiterer Möglichkeiten. Möglichkeiten, die von Leuten, wie auch Alfred Stingl, die von Leuten, wie dem ehemaligen Kulturstadtrat Strobl und Karl-Heinz Herper usw. getragen werden, wenn schon nicht Umbenennung, dann andere Sachen zu prüfen. All das ist nur zu prüfen, ist durch euren Abänderungsantrag offenbar für den immer noch zu stark, verstehe ich jetzt nicht ganz, aber soll sein. Es gibt immerhin in dem Abänderungsantrag auch ein Bekenntnis und auf das nagle ich euch alle fest, ein Bekenntnis, dass die Stadt heuer aktiv werden wird. Die große Sorge, die alle, die sich mit dem Thema beschäftigt haben und mit denen ich gesprochen habe, auch außerhalb des

Gemeinderates haben, ist, Kommission einrichten, ewig lang tagen lassen und noch länger und noch mehr warten und immer die Ergebnisse, eigene Beschäftigung, auf Ergebnisse einer Kommission abschieben, das darf nicht passieren und da nehme ich euch wirklich alle einzeln in die Verantwortung, dass das nicht passiert. In den Einzelgesprächen hat es geheißen, ja natürlich werden wir heuer usw., dann bitte auch jetzt. Über Conrad von Hötendorf braucht man nicht mehr forschen, es gibt Bände noch und nöcher, es ist völlig klar, welche Rolle er gespielt hat, welche Verantwortung er hat, wir brauchen hier nicht auf die Ergebnisse einer Kommission zu warten, um jetzt schon aktiv zu werden und das ist das, was ich hoffe, was aus eurem Abänderungsantrag und unserer eigentlichen Intention heraus deutlich wird. Wir werden eurem Abänderungsantrag zustimmen, auch wenn wir nicht verstehen, warum das notwendig ist, unser Anliegen damit aus unserer Sicht abzuschwächen. Haben aber auch einen Zusatzantrag, den ich nachher erläutern möchte. Uns ist aber wichtig, dass nicht nur christliche und israelitische Kultusgemeinden involviert sind, sondern speziell bei dieser Frage auch die bosnische Kulturgemeinschaft, weil die natürlich mit Conrad von Hötendorf besonders betroffen sind. In anderen Fällen, auch wenn es inhaltlich Sinne macht, islamische Gemeinden und wir wollen noch einmal verstärkt haben, dass nicht nur die Kosten überprüft werden als Killerargument, sondern auch überprüft wird, welche guten Möglichkeiten es in anderen Städten es bereits gibt es für die Bevölkerung, wenn man Umbenennung macht, günstiger zu machen. Mit langen Übergangsfristen zu erleichtern, von Amtswegen Adressänderungsbekanntgaben einiges schon vorweg zu nehmen usw. Also dass auch das geprüft wird und nicht nur die hohen Kosten plötzlich publik gemacht werden und natürlich Leute abschrecken und der dritte Punkt ist, dass wirklich heuer begonnen wird, sowie das Kulturamt schon begonnen hat mit Vorbereitungen, auch vom Bürgermeisteramt, idealerweise auch aus dem Jugendressort usw. zu schauen, dass möglichst viele Leute informiert werden über die Ereignisse vor 100 Jahren, über das, was in diesen Lagern passiert ist, über das, was es bedeutet...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Bitte zum Schluss zu kommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: ...und dadurch sich wirklich ein gutes Bild machen können. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: zur Dringlichkeit: Frau Vorsitzende, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Daniela Grabe hat uns mitten in das Thema hereingeführt, es waren ursprünglich drei bezughabende dringliche Anträge zu diesem Thema heute auf der Tagesordnung, zu diesem Thema, das unser Herr Bürgermeister am 22. Dezember in seinem Interview in der Kleinen Zeitung punktgenau formuliert hat. Wir werden eine Historikerkommission einsetzen, die alle Straßennamen auf historische Belastungen prüfen soll. Es war auch die Headline dieses Interviews. Es ist nicht überraschend, dass daher auch dringliche Anträge kommen dazu, aber es ist im Kontext zu sehen, dass intensivst spätestens seit dem Dezember intensivste Vorbereitungen für einen möglichst gemeinsamen Gemeinderatsantrag, Beschluss und Antrag, im Gange sind. Ich wollte das eingangs sagen. Wir haben versucht, von gestern 16.00 Uhr bis heute 11.30 Uhr einmal durch Besprechungen und Abklärungen aus diesen drei Anträgen möglichst den gemeinsamen Nenner herauszubringen, was völlig außer Streit steht und ich möchte mich auch bedanken, dass, Daniela, wir als Antragsteller auf dem Antrag, auf den wir uns jetzt geeinigt haben, auch mit unserem Abänderungsantrag, sprich gemeinsamen Nenner, d'accord geht, und ich darf schon vorweg sagen, der Zusatzantrag von euch steht daher in keinem Widerspruch zu dem, was uns jetzt als Abänderungsantrag noch einmal als gemeinsamen Nenner sozusagen vorschwebt. Daher ist unsere Linie, diese Punkte Einsetzung einer Historikerkommission, die lediglich die Inhalte zu beurteilen hat, das politische Handeln wird dem Gemeinderat

vorbehalten bleiben. Es soll begleitende Untersuchungen geben, was die Kosten betrifft, was die rechtlichen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrifft. Es soll auch die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung in diesem Gedenkjahr vorangetrieben werden, dazu bekennt sich die Stadt, das ist kein Prüfauftrag, das ist ein Bekenntnis und es soll auch die Bevölkerung eingebunden werden, das erscheint uns ganz, ganz wichtig. Was parallel zu bearbeiten ist, soll parallel geschehen, was die unmittelbaren Konsequenzen betrifft, werden wir nach Vorliegen der Erkenntnisse der Kommission ja ohnedies beauftragt werden und jetzt bitte ich mit demselben Elan auch den in einer der nächsten Sitzungen vorliegenden Entwurf, den wir dann in den Ausschüssen zu beraten haben, vorher schon politisch abzuklären und auch im Gemeinderat auch zuzustimmen. Wir stimmen daher der Dringlichkeit zu und ich bringe hiermit den Abänderungsantrag, der bereits vorliegt, in den von mir genannten Punkten schon dargelegt formal ein und ersuche diesem zuzustimmen. Danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Geschätzte Frau Vizebürgermeister! Lächerlich, keine anderen Probleme, schwachsinnig, diese Sorgen hätte ich gerne und damit, mit diesen Nebensächlichkeiten will die Politik nur von ihren Problemen ablenken. Das sind ein paar Reaktionen aus diversen Foren, aber auch von Bürgern zu diesem Thema und ich kann es nicht ganz verhehlen, ich sehe es ein bisschen so ähnlich. In Zeiten der zunehmenden Arbeitslosigkeit und auch mit diesen enormen sozialen Herausforderungen ist es tatsächlich ein Nebenthema (*Applaus FPÖ*), ein Nebenthema, das uns beschäftigt, wo ich auch einen dringlichen Antrag ursprünglich eingebracht habe, um einmal eine Grundlage zu haben, was kostet uns das eigentlich, was bedeutet das für die ansässigen Bürger, was bedeutet das für die ansässigen Firmen einmal als Grundlage auch für eine Historikerkommission, hier einen pragmatischen Ansatz gewählt. Ich habe den dringlichen Antrag zurückgezogen, weil

wir uns verständigt haben auf diesen Abänderungsantrag, wo ja diese Zugangsweise und diese Forderung ja auch drinnen vorhanden ist. Es ist ja so bei diesem Thema, dass das regelmäßig kommt, diesmal ist es halt der Franz Conrad von Hötzendorf pünktlich zum 100-Jahr-Jubiläum vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges und, sehr geehrte Damen und Herren, es ist nichts anderes in Wirklichkeit als eine akademische Diskussion, die an den wahren Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht (*Applaus FPÖ*). Und deshalb ist es wichtig und das ist auch ein Punkt in diesem Abänderungsantrag, in diesem gemeinsamen, dass die Bevölkerung eingebunden wird, dass sie hier eben auch mitspricht und dann wird sich herausstellen, dass das etwas ist, was die Bevölkerung nur peripher auch berührt, was sie interessiert, ist natürlich die Frage, was bedeutet das, wenn das tatsächlich umbenannt wird. Also auch, wenn da das rote Licht blinkt, ich erbitte mir noch ein paar Minuten, weil ich ja meinen dringlichen Antrag zurückgezogen habe und das Thema ja wirklich vielen unter den Nägeln brennt. Es ist ein Nebenthema, aber es ist aufgebauscht worden, es ist ein emotionales Thema, also da haben Sie schon Recht, Frau Vizebürgermeister außer Dienst. Das ist eine unendliche Geschichte, wo ist der Anfang, wo ist das Ende. Conrad von Hötzendorf ist jetzt einmal an der Reihe, sonst gibt es immer wieder andere Persönlichkeiten, die hier herangezogen werden, ob das ein Jahn ist, ein Kernstock, ein Klöpfer, ein Flex, ein Nabel, die Liste ließe sich noch eine längere Zeit fortsetzen und ich frage mich, wo führt das hin, es ist ja teilweise grotesk, weil nehmen wir her Conrad von Hötzendorf, da muss man auch die ganze Situation sich anschauen, da muss man auch ehrlicherweise hergehen und sagen, na wer war denn der Oberbefehlshaber neben dem Generalstabschef, das war der Kaiser Franz Josef und da müssen wir auch die Rolle des Kaisers neu bewerten und dann müsste man den Historikern zum Beispiel ausrichten, die sich da auch stark machen, dann müssten sie eigentlich darangehen, die Grazer Universität umzubenennen, weil das Franz im Namen der Karl-Franzens-Universität steht für Kaiser Franz Josef und das ist der Oberbefehlshaber von Conrad von Hötzendorf gewesen. Also da müsste man hergehen und die Universität in Wirklichkeit umbenennen in Karls-Universität, dann

kriegen wir aber wieder ein Problem, weil so heißt bereits die Universität in Prag. Also das sind einfach alle Dinge, wenn man das Feld pflügt, dann muss man es ordentlich machen und das geht dann weiter, dass man eigentlich unseren Heimatdichter, den Peter Rosegger, kritisch betrachten müsste, da gibt es auch antisemitische Äußerungen, wollen Sie als nächstes die Peter-Rosegger-Straße ausmerzen oder machen wir vielleicht demnächst eine Petition an die Firma Porsche, weil der Ferdinand von Porsche war SS-Oberführer im 3. Reich? Also in Wirklichkeit müsste man sich dann auch stark machen, dass niemand mehr mit einem Porsche herumfährt. Also da sieht man, dass hier die Gefahr besteht, dass das zu einer Groteske wird und nichts anderes ist es auch beim Conrad von Hötzendorf. Klar sind viele Persönlichkeiten mit ihren Werthaltungen aus heutiger Sicht anachronistisch und sind diese Werthaltungen und Sichtweisen auch überholt, aber rechtfertigt das die Streichung dieser Personen aus dem öffentlichen Raum? Ich meine, nein, denn diese Straßenbenennung ist auch Teil der Identität und der Geschichte der Stadt und dazu hat man sich auch zu bekennen, das sollte nicht einfach geklittert und ausradiert werden (*Applaus FPÖ*). Eine kritische Betrachtung ja, aber nicht einfach Klitterung betreiben und Ausradierung betreiben. Conrad von Hötzendorf war ein Kind seiner Zeit, ich bin mir sicher, dass er, hätte er sein Handeln im Lichte der heutigen Zeit getätigt, dann hätte er das anders gestaltet und das führt nur wieder dahin, dass jeder Mensch von den Einflüssen und Geisteshaltungen und politischen Systemen seiner Zeit beeinflusst wird. Und eines ist auch klar...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich bitte dich, langsam zum Ende zu kommen. Du bist bereits zweieinhalb Minuten drüber.

GR. Mag. **Sippel**: In zwei Minuten bin ich fertig, eine Minute noch, dann melde ich mich noch einmal im inhaltlichen Teil, aber nur ein letzter Satz jetzt einmal, eines ist klar, ein Generalstabschef eines Millionenheeres, wo noch dazu ein Großteil der Bevölkerung und auch der Grazer Bevölkerung, und die Friedensbewegung, das war nur eine Promille-Anteil, das muss man ja auch sagen, wenn das heute im Interview steht von der Frau Uhl, dass da sehr wohl andere Strömungen Platz gefunden haben, dann ist das schon richtig, nur es war ein Promille-Anteil, der größte Teil der Bevölkerung hat den Krieg herbeigesehnt, da war eine enorme Kriegsbegeisterung auch in Graz und dann ist es klar, dass der oberste Generalstabschef oder der Generalstabschef kein Engel sein wird, also das muss man auch so sehen. Und es ist auch so, dass die Sieger die Geschichte schreiben, das heißt, wenn das anders ausgegangen wäre, dann würden wir heute wahrscheinlich den Conrad-von-Hötzendorf-Marsch singen beim Neujahrskonzert, jedes Mal den Conrad-von-Hötzendorf-Marsch klatschen und nicht den Radetzky marsch, das ist halt auch eine Tatsache, dass hier die Sieger die Geschichte schreiben. Und abschließend noch ein Satz und zwar, dass es hier um einen ideologischen Feldzug geht, das liegt auch auf der Hand, weil sonst hätten sie beim Lersch, der freigesprochen worden ist von allen diesen Vorwürfen, die Sie ihm auch gemacht haben, von einem anerkannten Experten, soviel zu einer Historikerkommission, so kann man es auch machen, indem man Experten, wirkliche Experten konsolidiert und trotzdem sind sie hergegangen wider besseres Wissen und haben den Platz umbenannt, dort war es allerdings so, dass es weniger Aufwand war, weil keine Anrainer hier betroffen waren und das ist es halt auch. Es ist ein ideologischer Feldzug gegen unliebsame Straßennamen, den Sie hier führen und deswegen ist es...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Kollege Sippel, komme jetzt zum Ende, du bist viereinhalb Minuten drüber, ich habe bei Kollegin Grabe auch ein Auge zuge drückt,

aber die war bei weitem nicht so weit drüber wie du. Wie gesagt, du kannst dich noch einmal im inhaltlichen Teil dieser Debatte zu diesem Antrag melden.

GR. Mag. **Sippel**: Wir hoffen, dass die Historikerkommission objektiv besetzt wird, dass sie auch einen Blick von außen hat und dass sie vor allem nicht selbständig agiert, sondern hier einen Auftrag der Stadt erfüllt und wir wissen, was herauskommt, wenn hier selbständig agiert wird, das wollen wir uns ersparen. Also ja zu diesem Abänderungsantrag, aber eben auch die nötige Vorsicht und die nötige Objektivität in so einer Historikerkommission. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grossmann**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, Frau Vizebürgermeisterin! Jetzt bin ich ein bisschen peinlich berührt, ich war nicht vorbereitet auf ein eineinhalbstündiges Referat, das ich jetzt in einer Wortmeldung halten sollte. Ich denke, ich werde die nächsten zehn Minuten, die ich in Anspruch nehme, noch den Vorrednerinnen und Vorrednern auch inhaltlich etwas sagen können. Sehr geehrter Herr Klubobmann Sippel, meiner bescheidenen Meinung nach ist die Karl-Franzens-Universität benannt nach Erzherzog Karl von Innerösterreich, einem Vertreter der Gegenreformation und nach Kaiser Franz I, nämlich den ersten österreichischen Kaiser, der die römische Kaiserkrone abgelegt hat und das römische Reich für verfallen erklärt hat aus der Befürchtung heraus, dass möglicherweise der nächste Kaiser ein Protestant sein könnte. Ich bin kein Historiker, das ist meine bescheidene Meinung gewesen, ich denke aber, dass diese Debatte zeigt, wie wichtig es ist, zwei Dinge zu tun und dafür bin ich wirklich dankbar. Erstens diese Fragestellung von möglicherweise belasteten Straßen und Platznamen einer ExpertInnengruppe zu übergeben, die damit inhaltlich gut und möglichst objektiv

umgehen soll. Wir wissen schon, 100%-ige Objektivität ist in dieser Frage nicht erreichbar, weil überall gibt es natürlich ideologische Einfärbungen, Einschätzungsunterschiede, die Geschichte ist eine Geschichte gewesen, die nur von Siegern geschrieben wurde, ich lasse ganz explizit Siegerin aus, weil Frauen in der Geschichte kaum eine Bedeutung gehabt haben, bedauerlicherweise, wir leben in einer glücklichen Zeit, wir haben Aufzeichnungen über verschiedenste politische Meinungen, Frauen sind bei uns ein integrierter Bestandteil im öffentlichen Leben, in der Wirtschaft, vornehmlich in der Politik, da hat sich viel geändert. Aber in der Vergangenheit ist es so gewesen. Ich denke, die historische Betrachtung muss Expertinnen und Experten überlassen werden ohne Präjudizierung. Ich würde weder von der ExpertInnenkommission erwarten, dass sie sagt, tut ja keine Straßennamen umbenennen, noch würde ich erwarten, dass die ExpertInnenkommission sagt, tut ja umbenennen. Ich denke, wir sollten den Auftrag erteilen, nämlich die Ausweitung vorzunehmen und das ist der zweite wesentliche Punkt, die Ausweitung vorzunehmen, nicht nur die eine Straße in Graz zu betrachten, sondern etwas zu tun, wozu wir bis jetzt vielleicht auch noch nicht den politischen Mut gehabt haben. Das gesamte Stadtgebiet zu untersuchen, alle Straßen und Platznamen aufzugreifen, alle Straßen- und Platznamen nach den Menschen zu untersuchen, ihrer historischen Bedeutung, ihres Lebens, ihres Wirkens im öffentlichen Bereich. Ich denke, das ist eine wichtige Sache und wenn man die Wortmeldungen von heute betrachtet, welches breite Spektrum wir hier im Gemeinderat an unterschiedlichen Einschätzungen zu dieser Frage vertreten haben, finde ich es auch sensationell und vielleicht hat sogar ein Stückweit historisch, dass wir einen gemeinsamen Beschluss dafür zustande bringen. Vielen herzlichen Dank (*Applaus SPÖ, ÖVP und KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Ich kann mich dem nur anschließen. Also wir finden, dass so ein Thema kein Nebenthema sein kann und darf in einer Menschenrechtsstadt Graz.

Wir haben dieser Abänderung zugestimmt, also wir haben unseren eigenen Antrag zurückgezogen und dieser Abänderung zugestimmt, nicht um etwas zu verzögern, ganz im Gegenteil, uns ist diese sehr öffentlichkeitswirksame und auch international sehr öffentlichkeitswirksame Umbenennung von Straßen und Plätzen so wichtig, dass wir sagen, wir gehen da lieber kleine Kompromisse ein, um eine breite Zustimmung zu finden, damit eben etwas passiert und außerdem, weil wir nicht das Ganze bei der Conrad-von-Hötzendorf-Straße belassen wollen, sondern weil wir hoffen, dass es zu einer Überprüfung von weiteren Straßennamen und Namen von Plätzen kommt und der Kollege Sippel hat ja da schon eine gute Aufzählung gegeben, vielleicht kann man aus dem Protokoll das entnehmen und mit der Liste einmal anfangen, das ist, glaube ich, eine ganz gute Idee (*Applaus KPÖ*). Ich finde auch, es gab ja auch ursprünglich einen Antrag von der FPÖ dazu, wo es um die Einschätzung der Kosten ging, wir finden auch, es dürfen hier keine Kosten gescheut werden, es dürfen natürlich auf die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Straße keine Kosten zukommen, die sollen nicht die Leidtragenden sein dafür, aber die Stadt Graz war in der Vergangenheit mit ganz anderen Umbenennungskosten auch konfrontiert, also Stichwort ist zum Beispiel GVB, da wurde nicht so großartig darüber diskutiert und daran sieht man schon, es ist eigentlich keine Frage der Kosten, sondern eine politische Sache, und vielleicht noch zu einer Anmerkung zum Kollegen Sippel, also die KPÖ hat auch keinen Porsche als Dienstwagen (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Zur Wortmeldung von Herrn Gemeinderat Sippel fällt mir nur ein, dass es immer interessant ist, aus welcher Motivation man so Geschichte studiert und ich denke, eine Motivation könnte sein, dass man manchmal auch etwas aus der Geschichte lernen will. Aber das ist vielleicht nicht für alle die Motivation. Aber trotzdem verspricht die Diskussion, so wie sie hier geführt wird, doch, dass da eine spannende Diskussion vor uns steht. Nur eines finde ich schade, dass jetzt diese

Chance, die genutzt werden hätte können, nämlich zwei Verfahren sozusagen anzustreben, nämlich das eine, dass man die Conrad-von-Hötzendorf-Straße deswegen als ein Modellbeispiel nimmt, weil eben über die Person Conrad von Hötzendorf kein Zweifel mehr besteht, dass er eine problematische Person ist und man hätte das Modell, wie man dort zu einer Lösung kommt, sei es jetzt eine Umbenennung, wofür wir Grünen sind, aber wo es eben auch verschiedene Varianten zu diskutieren gegeben hätte. Man hätte anhand dieses Modells im Jahr 2014, und ich hoffe, dass es sehr wohl dazu kommt, wie die Anregung eben auch von dieser Kommission oder von dieser Gruppe der Historiker rund um die Uni, dass man wirklich hergeht und das Modell nutzt, wie man im Verfahren weiterkommt, wie man so eine Straßenumbenennung vornehmen könnte beziehungsweise eine Signalwirkung erzeugt, dass eben da eine problematische Benennung erfolgt ist. Eine Historikerkommission kann ja nur dafür eingesetzt werden, um, wenn man sagt, wie man es in Wien gemacht hat, über alle Straßennamen eine Untersuchung zu machen und zu unterscheiden, welche Personen sind höchst problematisch und welche Benennungen sind wo einzuordnen. Das ist aber etwas, was nicht benutzt werden darf bitte, um einen Prozess, der in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße heuer im Jahr 2014 auf der Hand liegt, hintanzustellen. Also das hoffe ich doch, dass es mit diesem Antrag, der jetzt sozusagen als Kompromiss hier liegt, nicht geschieht. Und ich möchte nur daran erinnern, es gibt schon andere Städte auch, auf die man schauen kann, es gibt die Stadt Münster in Deutschland, wo der Hindenburgplatz in Schlossplatz umbenannt wurde, wo auch sehr vorbildlich mit Einbindung der Bevölkerung so ein Prozess eben stattgefunden hat und wo dann eine Möglichkeit gefunden wurde, die Bevölkerung mit an Bord zu haben. Also ich denke mir, es wäre möglich, man müsste sich nur drübertrauen und das wirklich einmal als Modell betrachten und sich in Graz diesen Schritt zutrauen. Was, wenn man in Österreich die anderen Städte anbelangt, wir haben es das letzte Mal im Kulturausschuss des Städtebundes auch diskutiert, gibt es unterschiedliche Herangehensweisen. In Linz zum Beispiel wird jetzt auch eine Historikerkommission eingesetzt, in Wien gibt es ja

das fertige Produkt, aber momentan keine politischen weitere Aktivitäten außer diese Aktion und diese künstlerische Installation zum Lueger-Platz, also wie man politisch mit so etwas umgeht, das wäre die spannende Frage gewesen und das würde, glaube ich, genau jetzt notwendig sein und das war eigentlich die Intention von dem Antrag, unabhängig davon, ob jetzt eine Historikerkommission über die ganze Stadt schaut, das wird sowieso notwendig sein. Also bitte verzögern wir die Diskussion nicht, sie liegt heuer auf der Straße und wir sollten heuer dazu auch weiterkommen. Spannend wird es auf alle Fälle (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich wünsche das Schlusswort zur Dringlichkeit beziehend eh auch auf das, was Lisa Rücker gerade gesagt hat, es ist dringlich, deswegen haben wir den Antrag in der ursprünglichen Form eingebracht, auch wenn es jetzt vom Ergebnis her auf die Abänderung hinauslaufen wird, ist es nach wie vor unser dringliches Anliegen, dass heuer etwas passiert, dass heuer Veranstaltungen usw. zur Conrad-von-Hötzendorf-Thematik auch stattfinden, nicht gewartet wird auf das Ende einer Kommission, die erst einmal zusammengestellt werden muss, die muss im Gemeinderat beschlossen werden, das eh gut ist, das das passiert, aber da dauert natürlich alles seine Zeit. Hätte nebstbei schon früher eingeleitet werden können, meine Anfragen zu dem ganzen Thema, weil du gemeint hast, dass das Bürgermeisterinterview gezeigt, das war nicht der Anfang der Diskussion, ich habe schon, ich glaube, im März vorigen Jahres und vorher auch schon immer wieder Anfragen gemacht, was wird die Stadt, was wird auch das Bürgermeisteramt das für die Gesamtheit der Stadt zuständig ist, machen, um dieses Gedenkjahr nicht ungenutzt verstreichen zu lassen (*Applaus Grüne*). Also insofern ist die Dringlichkeit gegeben und ich appelliere sehr, auch wenn der Abänderer aus unserer Sicht das etwas wieder abmildert, das ernst zu nehmen und wirklich heuer zu starten mit Aktivitäten. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Der Abänderungsantrag wurde schon vorher eingebracht, muss daher nicht erneut eingebracht werden, auch der Zusatzantrag der grünen Fraktion wurde eingebracht.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Inhaltliches Schlusswort. Ich zögere, aber ich beginn doch mit Ihnen, Herr Sippel, weil der Ehre doch irgendwie zu viel ist, aber wenn Sie sagen, Sie zitieren Stimmen, die das als lächerlich bezeichnen, die sagen, keine andere Sorgen usw. das ist die immer gleiche Killerphrase, ja natürlich kommt es immer wieder bei diesen Themen. Sehen Sie es als positiv, als Ansporn, wir schaffen es, unsere normale Arbeit zu machen und diese Dinge auch noch zu behandeln. Ich weiß nicht, ob Sie auf diesen Zug mitaufspringen können, aber ich lade Sie herzlich ein, ein bisschen multitaskingfähig zu werden. Ich weiß schon, dass für Sie Straßenbenennungen eine lächerliche Sache sind, Sie werden jetzt überrascht sein, ich habe sogar Ihre Diplomarbeit gelesen, wo auch da schon vorkommt, dass Sie eine Beschäftigung des Gemeinderates mit Straßenumbenennung als, ich weiß es wörtlich nicht mehr, aber als grotesk, albern, irgendwie bezeichnet haben, also gut, Sie haben da offenbar nicht weitergelernt. Inhaltlich will ich jetzt noch einen Punkt nur anschließen, weil Sie auch gesagt haben, so eine Umbenennung ist ein ideologischer Feldzug. Das, was Conrad von Hötendorf gemacht hat in der Hetze, meine Kollegin hat vorher einen netten Versprecher gehabt, nämlich es kommt der „Hetzendorfantrag“, genau das ist es, das war Hetze gegen die Völker, die damals zum eigenen Staat gebildet und teilweise zu Nachbarländern gehört haben, es war Hetze gegen die, die in dem Lager interniert worden sind usw. also über das brauchen wir nicht reden, dass das irgendwas

Ideologisches sei, sondern das sind historische Fakten. Zu dem Kostenargument danke ich für den Hinweis mit GVB, Graz-Linie usw., eben auch da hat das Kostenargument keine Rolle gespielt. Ich möchte nur zum Kostenargument noch etwas sagen, das betrifft eben unseren Zusatzantrag, es gibt echt wirklich viele Möglichkeiten, das zu tun, die die Stadt Münster auch gezeigt hat, vieles davon mag auch auf Österreich anwendbar sein, davon gehe ich aus. Daher betone ich nochmals, unser Zusatzantrag, ich möchte bitte, dass der einzeln abgestimmt wird die Punkte, ich wüsste gerne, zu welchem der Bereiche ihr inhaltlich dazustehen könnt. Der erste ist, dass auch die bosnische Gemeinschaft und bei Bedarf andere islamische Gemeinschaften einbezogen werden in die Kommission, der zweite Punkt, dass eben diese anderen Varianten, wie man das günstiger machen kann, wirklich seriös geprüft werden und der dritte Punkt die Selbstverpflichtung, dass wirklich heuer sehr, sehr schnell mit Veranstaltungen und öffentlichen Diskussionen begonnen wird. Bitte so abzustimmen, einzeln, danke (*Applaus Grüne*).

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 1 des Zusatzantrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grün und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Punkt 2 des Zusatzantrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grün und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Punkt 4b) des Zusatzantrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grün und Piratenpartei) abgelehnt.

7) Prüfung der Erschließung des Wohngebietes Harmsdorf durch die neuerdings kurz geführte Buslinie 63

GR. **Dreieibner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreieibner**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Martina, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Seit Ende der Weihnachtsferien beziehungsweise Wiederbeginn des Schulunterrichtes werden auf der Buslinie 63 Gelenksbusse eingesetzt. Der Einsatz größerer Fahrzeuge ist aufgrund der zuletzt massiv gestiegenen Fahrgastzahlen als positiver Anreiz zum Umsteigen auf diese Buslinie zu bewerten und wurde bereits seit dem Jahr 2012 vorbereitet beziehungsweise per Gemeinderatsbeschluss ermöglicht.

Weniger – oder besser gar nicht - positiv bewertet werden kann allerdings eine Konsequenz aus diesem Wechsel von den vormals 12-Meter-Bussen zu den jetzt Gelenksbussen, nämlich jene, dass die Buslinie 63 nun nicht mehr bis ins Stadtteilzentrum Alt-St.-Peter geführt wird, sondern nur mehr bis zum St.-Peter-Schulzentrum, dieses liegt ja bekanntlich im Stadtbezirk Jakomini. Der Bezirk St. Peter sowie dessen Zentrumsbereich, der sowohl die Nahversorger des täglichen Bedarfs als auch ärztliche, schulische und soziale Angebote für die Menschen im Umfeld anbietet und anbieten soll, wird nun mit dieser Buslinie nicht mehr bedient.

Die Argumente der Verkehrsplanung, dass andere vorhandene Linien, hier werden immer angeführt die Busse 64, 72 und 76U, diesen Ausfall an öffentlicher Verkehrsinfrastruktur gut ausgleichen können, werden durch viele Tatsachenberichte beziehungsweise teilweise auch durch die VerkehrsplanungsmitarbeiterInnen teilweise widerlegt. Es kommt zu extrem häufigen Fahrplanunregelmäßigkeiten, teilweise enormen Ausmaßes, es kommt teilweise sogar zu Ausfällen ganzer Buskurse. Zudem haben AktivbürgerInnen im Bereich St. Peter für eine weitere oder wieder

lange Führung des 63ers nach St. Peter mittlerweile gut 2000 Unterschriften gesammelt und an die Verantwortlichen in der Stadt übergeben.

Im letzten Verkehrsausschuss, aus heutiger Sicht muss man sagen im vorletzten Verkehrsausschuss, nämlich im Dezember 2013 wurde von der Abteilung für Verkehrsplanung ein umfangreicher Informationsbericht zur Kenntnis gebracht, der ausführlich darstellt, warum welche Verlängerungsvariante für den 63er nicht möglich sei – und zwar kurzfristig nicht möglich sei. Dieser Informationsbericht legt aber auch dar, dass es mehrere Möglichkeiten gibt, wieder einen langen 63er zu führen, zugegebenermaßen mit Mehrkosten, die zum einen aus Umbaumaßnahmen im Straßenbereich resultieren würden zum Beispiel oder aber aus höheren Betriebskosten für den Betrieb des Busses weiter nach Südosten beziehungsweise den Bereich Alt-St.-Peter.

Im Nahbereich von Alt-St.-Peter gibt es ein mit öffentlichem Verkehr stark unterversorgtes aber wachsendes Wohngebiet, da gibt es viele Neubauprojekte und diese sind nicht adäquat an den innerstädtischen öffentlichen Verkehr angebunden. Das Gebiet Harmsdorf, um das handelt es sich, ist derzeit leider nur mit einer Bedienqualität der Kategorie 5 erschlossen. Das heißt, kein öffentlicher Verkehr am Wochenende, kein öffentlicher Verkehr in den Abendstunden und ein sehr schlechter Takt von einer halben Stunde tagsüber. Diese Variante wurde auch in diesem Ausschussbericht im Dezember angeführt und bewertet und kurz gefasst steht in dem Informationsbericht für den Verkehrsausschuss: Bedienung des Siedlungsgebietes Harmsdorf über die Brucknerstraße, konkrete Streckenführung und Wendemöglichkeiten wären abzuklären.

Weiters steht im Bericht auf Seite 6: Es gibt eine Reihe von Siedlungsgebieten, wie zum Beispiel Gradnerstraße oder Harmsdorf, bei denen eine Verbesserung der Angebotsqualität schon derzeit mehr als gerechtfertigt wäre.

In diesem Sinne an diese Aussage der Verkehrsplanung mich anhängend stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der zuständige Stadtrat Mag. Mario Eustacchio wird beauftragt, im Sinne des obigen Motivenberichts Varianten für eine Linienführung der Buslinie 63 von der Brucknerstraße über das Wohngebiet Harmsdorf sowie weiter über die Petrifelderstraße und die St.-Peter-Hauptstraße oder aber auch in umgekehrter Führung zu prüfen und dem Ausschuss für Verkehr bis spätestens zur März-Sitzung eine Diskussionsgrundlage in Form eines Informationsberichtes vorzulegen.
2. Diese Prüfung beziehungsweise dieser Informationsbericht soll eine Schätzung der Betriebskosten für den Betrieb mit Gelenkbussen sowie eine Schätzung der möglichen zusätzlichen Fahrgastpotenziale für die Holding Graz Linien enthalten.

Ich ersuche um Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller Karl Dreisiebner! Linie 63 beschäftigt uns auch schon länger im Verkehrsausschuss, du hast richtig berichtet, zuletzt im Dezember haben wir einen ausführlichen Informationsbericht von der Verkehrsplanung erhalten. In dem Zusammenhang auch ein Dankeschön an die Mitarbeiter, die haben das wirklich sehr gut ausgearbeitet. Wir erhalten da einen Auszug mit mehreren Seiten und da sind natürlich diese Varianten alle geprüft worden, die du aufführst, vor allem die Variante 12, die du dir gerne wünschst, ist halte auch wieder ein Wunsch an das Christkind, weil du hast halt wieder nur selektiv zitiert. Es ist richtig, Variante 12 gäbe es nach Harmsdorf aber nur mittelfristig, das heißt, momentan gibt es hier keine Umsetzung und das Fazit aus dieser ganzen Varianten-Prüfung war eben das kurzfristig und unter

der Vorgabe des vorhandenen Busbestandes so wie der derzeitigen Betriebskostenabdeckung. Es gibt ja einen Verkehrsfinanzierungsvertrag mit der Holding, ist für die Buslinie 63 nur die Streckenführungsvariante 1 eben bis zum Schulzentrum St. Peter möglich. Jetzt kann man sagen, man wünscht sich ein Geld und irgendwann ist was anderes möglich, aber aus heutiger Sicht eben keine Dringlichkeit, weil eben die Variante 12, wie die anderen geprüften Varianten zusätzliche Gelenkbusse entsprechende jährliche Betriebskosten notwendig machen. Und wenn wir uns jetzt den Gesamtverkehr betrachten, und der Herr Verkehrsstadtrat ist ja jetzt wieder für die Gesamtsicht und für alle Bezirke tätig, haben wir in St. Peter also eine sehr gute Bedienqualität. Wir haben hier die Qualität 3 in der öffentlichen Verkehrsanbindung, da haben wir andere Bezirke, wo der Bedarf viel höher ist, wo man eben viel nötiger ein Geld brauchen. Steht auch im Bericht, im Vergleich zu anderen Stadtgebieten ist das Siedlungsgebiet der St.-Peter-Hauptstraße mit dem ÖV-Gebiet sehr gut angebunden. Also wir sehen momentan keinen Bedarf und lehnen die Dringlichkeit ab (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Teile der ÖVP und gegen FPÖ) angenommen.

GR. **Dreisiebner:** Ich danke einmal, dass die Dringlichkeit von den meisten Fraktionen als solche anerkannt wird. Ich möchte jetzt aber schon nur ganz kurz auf den Kollegen Lohr eingehen. Dieser dringliche Antrag befasst sich natürlich schon sehr mit dem Thema kurz- und mittelfristig. Wobei ich zum Thema kurzfristig auch eines sagen möchte: Im Dezember 2013 einen Bericht zu erhalten, der mehrfach das Wort „kurzfristig ist es nicht möglich, hier eine Lösung zu erreichen“, sprich im Sinne einer längeren Streckenführung der Buslinie 63 und das eineinhalb Jahre in etwa nach der

Entscheidung dort Gelenkbusse einzusetzen, das erscheint mir einmal mehr als hinterfragenswert, ich habe das auch im Ausschuss gesagt. Mittelfristig heißt für mich, dass man jetzt einmal diesen Bericht haben will und dass man dann hoffentlich sehr bald eine Lösung finden will. Wie man den Informationsbericht im Verkehrsausschuss vom Dezember liest, Kollege Roland Lohr, ja, da werden wir vielleicht nicht ganz zusammenkommen, aber es steht dort definitiv drinnen, dass Harmsdorf eine unterdurchschnittliche Bedienqualität hat auch aufgrund der Wohnungsentwicklung. Noch ein Argument zur Wohnungs- und Stadtentwicklung. Wir haben gerade jetzt in St. Peter sehr große Bauvorhaben, Bebauungspläne in der Pipeline zum einen im Umfeld des ORF St. Peter, also sehr nahe an Harmsdorf beziehungsweise an Alt-St.-Peter, und zum anderen gibt es noch weitere kleinere Dinge, die ohne Bebauungsplanpflicht abgehen, auch größere, und es gibt auch weiter im Süden wahrscheinlich sehr bald einen Bebauungsplan. Es ist so, dass man sagt, ok, ich kann das jetzt aus dem Verkehrsfinanzierungsvertrag nicht finanzieren, dem halte ich entgegen, wir haben eine Erhöhung der Parkraumbewirtschaftungstarife gehabt und diese Mehreinnahmen könnte man zu einem guten Teil sicher auch hier heranziehen, dass man in irgendeiner Form dort was verbessert. Bedienqualität Kategorie 3 für St. Peter, ja, am Papier, aber nein, fahren Sie dort bitte selber einmal mit den Bussen 76U oder 72, die stecken alle im Stau, detto der 64er, und ich nehme an, dass fast alle von euch dementsprechende Anrufe, E-Mails oder persönliche Gespräche mit Menschen aus dem südöstlichen Gebiet gehabt haben, dass sie mit dieser Bedienqualität nicht gut leben können. Ich bitte um eure Unterstützung und um Annahme des dringlichen Antrages (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.